

Politik

Johannes Varwick: Mich irritieren die Signale des BSW in Richtung AfD – aus diesem Grund

Ein Kommentar von Johannes Varwick

08.09.2026

Das BSW in Sachsen-Anhalt ist für die Regierungsbildung das Zünglein an der Waage. Es sei absehbar, dass diese Rolle die Partei zerreißt, meint Johannes Varwick. Die Signale des BSW in Richtung AfD seien deshalb irritierend. Ein Gastbeitrag



Diesen Artikel anhören



00:00 / 03:49 1X

AI Voice by BotTalk

It's Democracy, stupid! Die AfD hat in Sachsen-Anhalt ein klares Mandat zur Regierungsbildung erhalten. Den Willen von fast 44 Prozent der Wähler sollte in einer Demokratie niemand ignorieren. Ein Anspruch auf Regierungsbeteiligung ergibt sich allerdings selbst aus diesem starken Abschneiden nicht. Denn nur diejenigen können eine Regierung bilden, die es schaffen, tatsächlich eine Mehrheit hinter sich zu versammeln.

Das BSW hält die Brandmauer aus nachvollziehbaren Gründen für gescheitert und muss

Empfehlung der Woche

Buch

Film

Ausstel

nun zeigen, wie unter diesen schwierigen Voraussetzungen eine handlungsfähige Regierung gebildet werden kann. Doch die wiederholten Signale des BSW in Richtung AfD, von der Bereitschaft zu „wechselnden Mehrheiten“ bis zur offenen Ankündigung, im dritten Wahlgang einen AfD-Ministerpräsidenten indirekt durch Enthaltung ins Amt kommen zu lassen, irritieren; dies freilich wäre nun nach dem Wahlergebnis nur durch Stimmen für Siegmund aus anderen Fraktionen, etwa der CDU, möglich.



Vaterland

Paweł Pawlikowski

Spielfilm
Polen, Deutschland, Italien, Frankreich 2
82 Minuten
Ab 03.09.2026 im Kino!

Eine Brandmauer-Koalition nach dem Motto „einer gegen alle“ ist keine Lösung

Zur Empfehlung

Die Forderung nach einem „überparteilichen Ministerpräsidenten“, der mit wechselnden Mehrheiten regiert, klang im Wahlkampf nach frischem Wind – entpuppt sich aber bei näherer Betrachtung als vages Konstrukt ohne handfeste politische Substanz. Es kann als ausgeschlossen gelten, dass die AfD in dieser Lage ihren neuen Star Ulrich Siegmund zurückzieht und einen vom BSW vorgeschlagenen Technokraten als Ministerpräsident akzeptiert.

Nach Lage der Dinge kann die AfD trotz ihres grandiosen Wahlsieges nicht allein regieren. So lässt das Wahlergebnis nur drei Optionen zu: eine übergroße Brandmauer-Koalition nach dem Motto „einer gegen alle“, die das Land weiter spalten dürfte und auch kaum Probleme löst. Diese hat das BSW zurecht ausgeschlossen.

Die zweite Option ist AfD pur, ein freundlich-harmlos scheinender AfD-Ministerpräsident mit Radikalen und Hasardeuren in der zweiten und dritten Reihe. Da alle anderen Parteien eine Kooperation mit der AfD ausgeschlossen haben, käme

bei der dritten Option dem BSW mit seinen 5,3 Prozent der Stimmen die Rolle eines Züngleins an der Waage zu.

Die CDU sei mindestens genauso gefährlich wie die AfD, hieß es

Die CDU vertritt die gleiche Gefahr wie die AfD, nicht so beim BSW

Das BSW hat im Wahlkampf alles getan, um sich als Alternative zu den etablierten Parteien zu positionieren, und dafür auch das problematische Gerede von den „Altparteien“ von der AfD übernommen. Auf die Frage, ob die Zusammenarbeit mit der AfD nicht gerade die Rechtsextremen normalisiere, antwortete das BSW-Spitzenpersonal im Land: Die größere Gefahr liege im Fortbestehen der jetzigen Politik. Wer diese mittrage, der zerstöre die Demokratie. Die CDU sei mindestens genauso gefährlich wie die AfD. Damit, so zeigen auch Befragungen bei den BSW-Wählern, fand sie in ihrer Wählerschaft durchaus Zustimmung.

Doch vor einem Denkfehler sei gewarnt: Es geht nicht darum, 44 Prozent der Wähler auszuschließen, sondern darum, extremistische Positionen von der Regierung fernzuhalten. Die Vorstellung, sich mit wechselnden Mehrheiten nur die Positionen rauszusuchen, die man für wichtig oder vertretbar hält, ansonsten aber Opposition und Regierung zugleich zu sein, ist praxisfern. Was als pragmatische Sachpolitik verkauft wurde, droht eher wie eine Anbiederung an das AfD-Wählerpotential zu enden.

Für Wähler, die eine echte Alternative suchten – nicht nur eine andere Spielart des Protests –, ist das deutlich zu wenig Abgrenzung. So ist absehbar, dass das BSW die Rolle des Züngleins an der Waage überfordert und zerreißt. Ihr wäre zu wünschen, dass es doch noch die drei nötigen Überläufer aus der CDU gibt, die eine Alleinregierung der AfD ermöglichen. Das wäre eine schlechte Nachricht für Sachsen-Anhalt, entspräche aber dem Wählerwillen. Als Bündnis für die AfD hätte das BSW jedenfalls keine Zukunft. **F**

Johannes Varwick (geboren 1968) lehrt seit 2013 Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg. Er ist Mitglied der Grundwertekommission des BSW